



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 21. Juni 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

A 741 Anfrage Stadelmann Karin und Mit. über die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Stadt Luzern im Hinblick auf zukünftige Aufgaben, die gemeinschaftliches Handeln erfordern / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Karin Stadelmann ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Karin Stadelmann: Vielen Dank für die Beantwortung meiner Anfrage. Es freut mich natürlich zu lesen, dass die Anfrage dazu geführt hat, dass die Stadt und der Kanton intensiv miteinander gesprochen und sich über künftige Eckwerte und Themen ausgetauscht haben. Das zeugt bereits davon, dass diese Zusammenarbeit eine solide Basis hat. Leider überzeugen mich aber die Antworten nicht ganz. Für mich drängen sich erneut Fragen auf wie beispielsweise, was eine formelle Zusammenarbeit bedeutet. Heisst formell «pro forma», oder heisst formell «verbindlich»? Dem Kanton und der Stadt müsste es doch gerade bei kritischen Themen und zukunftssträchtigen Geschäften ein Anliegen sein, dass man frühzeitig kommuniziert. Auch wenn die politischen Realitäten in einer Stadt oder in einem Kanton anders sind, müsste es auch so sein, dass Eckwerte frühzeitig sichtbar werden und Kritikpunkte ebenfalls. Genau aus diesem Grund haben wir diese Anfrage eingereicht. Als Städterin und als Bürgerin ist es mir besonders aufgefallen, dass im letzten Jahr doch bei gewissen bedeutenden Geschäften immer wieder andere Meinungen vorhanden waren, dass man aber diese Meinungen aus den Medien erfahren musste. Bei Infrastrukturprojekten, beim Durchgangsbahnhof, bei der Kultur, aber auch bei der Sicherheit und der Polizei scheinen sich Stadt und Land und der Kanton nicht ganz einig zu sein. Die Antworten zeigen zwar auf, dass geredet wurde und geredet wird. Aber warum kann man denn keine Handlungsfelder definieren? Warum geht das nicht in einer vorausschauenden Agenda? Man ist dennoch flexibel, auch wenn Eckwerte definiert sind. Ich bin mir fast sicher, dass es der Regierung sicher auch ein Anliegen ist, dass wir zukunftssträchtige Themen frühzeitig auf den Tisch bringen und man nicht eine andere Haltung von Stadt und Land aus den Medien erfahren muss. Mir ist nicht ganz klar, warum man das nicht in einer vorausschauenden Agenda und mit vorausschauenden Handlungsfeldern definieren kann und warum man sagt, dass das zu starr sei. «Stadt und Land – ein Kanton» war doch das Motto dieses Jahres. Das soll auch zukünftig so bleiben. Wir in diesem Saal vereinen Stadt und Land. Ich bin mir noch unsicher, ob mir diese Anfrage und die Antworten reichen, und behalte mir vor, allenfalls ein Postulat einzureichen.

Korintha Bärtsch: Besten Dank für die Antworten zu dieser interessanten Anfrage. Ich bin froh, dass die Anfrage eingereicht wurde. Wenn man die Antworten liest, erhält man den Eindruck, dass alles reibungslos läuft. Wenn man aber politisiert, hat man nicht das Gefühl, dass dem so ist. Es ist klar, dass politisch unterschiedliche Haltungen vorhanden sind. Ich glaube, man muss anerkennen, dass bei einer Stadt, einer Gemeinde oder beim Kanton

strukturelle Unterschiede vorhanden sind. Auch die Kultur in den Verwaltungen ist eine andere. Ich möchte offenlassen, ob das bei der Regierung auch so ist. Nichtsdestotrotz ist aber etwas ganz wichtig, nämlich dass man das Seilziehen macht, dass man sich aneinander reibt, dass man sich auseinandersetzt, aber auch zuhört und am Schluss zusammen am gleichen Strick ziehen kann. Vielleicht muss man sich immer wieder vergegenwärtigen, dass andere Städte und Kantone ähnliche Probleme haben. Ausser in Basel-Stadt kennt man das Phänomen wohl in allen Kantonen, man soll hier aber auch zusammen weitergehen können. Eine Vertretung in der Regierung aus der Stadt würde sicher nicht schaden, um die verschiedenen Kulturen integrieren zu können und so besser voneinander zu lernen. Es kommen mit dem Durchgangsbahnhof, dem Luzerner Theater oder der ganzen nachhaltigen Entwicklung von Stadt und Land im Kanton grosse Herausforderungen auf uns zu. Regierung und Stadtrat sind hier sehr dazu angehalten, weiterhin zusammen am Seil, aber schlussendlich doch am gleichen Strick zu ziehen.

Markus Schumacher: Auch wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung der gestellten Fragen. Sie sind für uns sachlich korrekt und gut beantwortet. Es gibt unterschiedliche politische Haltungen. Ob ein Stadtvertreter in der Regierung ist oder nicht, muss schlussendlich das Volk bestimmen. Wenn dann aber ein Austausch gefordert wird, müssten aus unserer Sicht auch die Agglomerationsgemeinden besser mit einbezogen werden, denn sie gehören an den gleichen Tisch. Sie sind von der städtischen links-grünen Politik direkt betroffen und sollten deshalb mitreden können. Bei Herausforderungen wie der Verkehrspolitik entzieht sich die Stadt immer wieder den für die ganze Region positiven Entwicklungen. Die Förderung des nicht motorisierten Individualverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs, aber auch Grossprojekte wie der Durchgangsbahnhof und der Bypass beschäftigen den Kanton und die Stadt, aber eben auch die Agglomerationsgemeinden gleichermaßen. Im Zusammenhang mit beiden Grossprojekten haben die beiden Exekutiven von Stadt und Kanton Anfang dieses Jahres eine Absichtserklärung unterzeichnet und sich damit verpflichtet, sich gemeinsam für eine rasche Planung und Umsetzung des Durchgangsbahnhofs und des Bypasses zu engagieren. Dabei ist zu bemerken, dass das, was der Stadt als Mehrwert erscheint, nicht immer auch für die Agglomeration einer sein muss. Der Nutzen einer frühzeitigen, konstruktiven Zusammenarbeit liegt auf der Hand. Mehrheitsfähige Lösungen für die gesamte Region und mehr Wirkung und Effizienz für alle betroffenen Seiten sind anzustreben. Voraussetzung dafür sind eine optimale Koordination und eine geeignete Projekt- und Prozessorganisation innerhalb und zwischen allen betroffenen Gemeinwesen zur Bildung einer tragfähigen Vertrauensbasis. Ein solches Vorgehen würde dem diesjährigen Motto unseres Regierungspräsidenten gerecht werden und ohne den ewigen Stadt-Land-Graben zu konstruktiven Lösungen führen.

Daniel Rüttimann: Die Anfrage zielte vor allem auf die Zusammenarbeit und die Schnittstelle zwischen Regierung und der Stadt Luzern. Die Fragestellerin hat gute Fragen gestellt, und die Regierung hat fast ebenso gut geantwortet. Die Antworten sind so weit nachvollziehbar und zeigen Ideen, Projekte und Haltungen gut auf, auch wenn dies von der Fragestellerin nicht als ausreichend deutlich eingestuft wird. Ich erlaube mir hier den Hinweis, dass Zusammenarbeit nicht nur zwischen der Regierung und der grössten Stadt im Kanton Luzern stattfinden soll und muss. Der Slogan des noch aktuellen Präsidialjahres heisst «Stadt und Land», sozusagen ein Duett. Als Option dieser guten Zweierbeziehung könnte man diese jetzt noch ausbauen, erst recht nach dem Wiedereintritt der Stadt Luzern in den Verband Luzerner Gemeinden (VLG), und zwar zu einem Trio: Stadt und Land und Regierung. Das wäre doch ein toller Dreiklang, es geht nur gemeinsam weiter. Wichtig als Ergänzung zur guten Idee ist jedoch der Gestaltungsprozess. So ein Prozess muss gemeinsam, frühzeitig, transparent, verhältnismässig und fair sein. Wo sinnvoll, soll diese Zusammenarbeit auch institutionalisiert werden, damit letztlich alle Beteiligten davon profitieren können.

Josef Schuler: Auch wir bedanken uns bei der Fragestellerin und bei der Regierung für die Antworten auf die Fragen. Die Sorge der Anfragenden beruht auf den anscheinend

ambitionierten Zielsetzungen der Stadt Luzern. Das betrifft namentlich die Mobilität, die Infrastruktur, die Kultur und auch das Klima. Daraus zu schliessen, dass die Stadt Luzern eine andere Zielsetzung hat als der Kanton, lässt sich nicht von der Hand weisen, schliesslich sind es auch immer die Bevölkerung und andere Interessen, welche hinter den jeweiligen Parteien stehen. Es ist richtig, dass es da zu Meinungsverschiedenheiten kommt. Selbstverständlich geht es darum, dass man sich mit den unterschiedlichen Haltungen auf Augenhöhe begegnet und Lösungen findet. Ich habe aber keine Zweifel daran, dass ein guter Weg gefunden werden kann. Wir begrüssen eine gute und vorausschauende Zusammenarbeit. Begrüssenswert ist auch die Haltung der Stadt und der Regierung zur Beantwortung der gleichen Anfrage im Grossen Stadtrat und im Kantonsrat. Beide Verantwortlichen haben sich zusammengesetzt und eine Antwort entworfen. Daran sieht man, dass man gemeinsam am gleichen Strick zieht. Mir ist aufgefallen, dass man auf beiden Seiten mit knappen Ressourcen umgehen muss. Die Zeit ist ein wichtiger Faktor, um sich gegenseitig zu finden und zu verstehen. Da ist es wichtig, dass man sich diese Zeit auch wirklich nimmt und sie einplant. Auch wenn gegen aussen und in den Medien ein Zerrbild einer schwierigen Zusammenarbeit besteht, heisst das nicht, dass die beiden Partner nicht gut zusammenarbeiten. Verschiedene Auffassungen und Ziele bedeuten noch nicht, dass man sich nicht auf Augenhöhe austauschen kann.

Philipp Bucher: Dass eine visionäre und nachhaltige Entwicklung eine enge Zusammenarbeit voraussetzt, ist unbestritten. Was eine gute Zusammenarbeit ausmacht, ist schon weniger eindeutig. «Visio» ist lateinisch und steht für Anblick und Erscheinung, hat also auch etwas mit Sehen zu tun. Für visionäre Projekte oder Entwicklungen muss man einen guten Überblick haben. Das bedingt eine entsprechende Flughöhe und setzt auch voraus, dass hin und wieder über den eigenen Gartenzaun hinausgeschaut wird. Gerade in den Bereichen Mobilität, Kultur und Infrastruktur, die in der Anfrage aufgezählt werden, wird insbesondere vonseiten der Stadt dieser Blick über den Gartenzaun vermisst. Aber auch das kann sich noch entwickeln. Die FDP dankt der Regierung für die ausführlichen und schlüssigen Antworten auf diese Anfrage. Insbesondere gehen wir mit der Regierung darin einig, dass sich eine Zusammenarbeit nicht durch grösstmögliche Harmonie auszeichnet. Stabile Vertrauensverhältnisse und die Bereitschaft, die Positionen und Grenzen des Partners zu verstehen, sind aus unserer Sicht die Messgrössen für eine gute Zusammenarbeit. Das Ergebnis einer guten Zusammenarbeit ist unter anderem das wechselseitige Vorwärtsbringen, wie es die Regierung in ihrer Antwort festgehalten hat. So entsteht auch Neues. Man spricht von einer konstruktiven Zusammenarbeit. Es ist zu begrüssen, dass periodische, institutionalisierte Treffen auf Ebene Regierungsrat und Stadtrat stattfinden. Auch der informelle Austausch ist wichtig, und wir nehmen zur Kenntnis, dass dieser ebenfalls etabliert ist. Wir danken der Regierung für die Antwort.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Karin Stadelmann hat noch gemeint, es sei nicht klar, was formell und was informell sei. Informell sind gewisse Gespräche, die man zwischen Tür und Angel führt. Formell bedeutet, dass wir in der Regel zweimal pro Jahr mit dem Stadtrat zusammensitzen mit einer formalen Traktandenliste und einem Protokoll. Formell könnte man auch die Absichtserklärung nennen, die wir unterzeichnet haben. Da geht es darum, dass die Stadt und der Kanton für die zwei sehr wichtigen Mobilitätsgrossprojekte miteinander auf der gleichen Seite am gleichen Strick ziehen. Man will sowohl beim Durchgangsbahnhof als auch beim Bypass zusammenhalten. Selbstverständlich ist es für den Kanton wichtig, dass wir einen guten Dialog mit allen Gemeinden führen, mit der Stadt haben wir jedoch sicher einige Berührungspunkte, die wir aufgeführt haben: in der Verkehrspolitik, in der Standortstrategie und im Kulturbereich. Wenn wir mit der Stadt zusammenkommen, ist das jedoch kein Stadt-Land-Gespräch, sondern ein Gespräch des Kantons mit einer Gemeinde. Wir als Kanton vertreten bekannterweise den ganzen Kanton und nicht nur einen Teil. Nein, es ist nicht alles paletti. Es gibt unterschiedliche Auffassungen. Wenn die Stadt zu Kantonsstrassen eine Testplanung macht, ohne uns im Voraus zu konsultieren, ist das nicht gut. Das haben wir thematisiert, und selbstverständlich müssen dort auch die Interessen der

übrigen Kantonsbürgerinnen und -bürger berücksichtigt werden, damit die Transitachsen leistungsfähig bleiben und entsprechend konzipiert werden. Zum Thema Vorausschauen: Es gibt vorausschauende Gespräche, wo wir gewisse Projekte im Voraus auf der Agenda haben. Wir arbeiten überhaupt nicht mehr nur reaktiv. Es gibt auch sehr erfolgreiche und problemlose Bereiche, in denen der Dialog wirklich sehr gut funktioniert. Wir haben zum Beispiel einen Sicherheitsrapport über die Sicherheitsaspekte, was sehr gut klappt. Die grössten Differenzen haben wir im Mobilitätsbereich. Wichtig ist für uns auch, dass die Stadt Luzern wieder im VLG Einsitz nimmt und auch im Vorstand vertreten ist. Wir hatten gestern einen Austausch mit dem VLG-Forum. Es ist wichtig, dass die Stadt Luzern wieder im Vorstand vertreten ist und mit Maurus Frey auch eine Agglomerationsgemeinde. Es war uns immer ein Anliegen, dass der VLG-Vorstand nicht nur regional gut zusammengesetzt ist, sondern auch parteipolitisch möglichst vielfältig. Es ist ein Fortschritt, dass wir dort den Dialog über Themen führen können, die alle Gemeinden betreffen. Wir werden selbstverständlich weiterhin den Dialog mit der Stadt überall dort pflegen, wo wir punktuelle Schnittstellen haben. Diese Gespräche sind auch sehr konstruktiv und durchaus zielführend.